



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN UNGARN

Ref.: 331.0 - UL/rl^v

BUDAPEST XIV, den 12. Juli 1972

Néptadion út 107
Telegramme: Ambassade Budapest
Telex: Amsuisse Bpest 03625
Telefonnummern 229.491
229.492
426.721

VERTRAULICH

Abteilung für Politische
Angelegenheiten
Eidgenössisches Politisches Departement

3003 B e r n

Herr Botschafter,

In der Beilage sende ich Ihnen den Entwurf zum Bericht über die Gespräche, die Sie am 3. Juli mit Aussenminister Péter und Vize-Aussenminister Puja im ungarischen Aussenministerium geführt haben.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter:

Pujan

Beilage:
Bericht im Doppel



VERTRAULICHE N T W U R FB E R I C H T

über die Unterredungen, die zwischen
Herrn Botschafter E. Thalmann und
Herrn Vize-Aussenminister F. Puja
am 3. Juli 1972 im Aussenministerium
in Budapest stattfanden.

Schweizerische Delegation

Herr Botschafter E. Thalmann
Herr Botschafter R. Bindschedler
Herr K. Fritschi
Herr B. Schenk

Herr Botschafter R. Aman
Herr O. Uhl

Ungarische Delegation

Herr Frigyes Puja	I. Vize-Aussenminister
Herr Ferenc Esztergályos	Botschafter, Generaldirektor
Herr István Beck	Ungarischer Botschafter in Bern
Herr László Surványi	Vize-Hauptabteilungsleiter
Frau Anna Bebricz	Botschaftsrätin, Prinzipienabteilung
Herr István Szabó	Botschaftssekretär, Referent Schweiz
Herr Endre Szabó	Botschaftsrat, Dolmetscher

Traktanden:

1. Die internationale Lage
2. Sicherheitskonferenz
3. Bilaterale Fragen

<u>Beginn der Unterredungen:</u>	10.00 Uhr
<u>Empfang durch Aussenminister Janos Péter:</u>	12.00 Uhr
<u>Ende der Unterredungen:</u>	16.45 Uhr

* * *
* *
*

Vize-Aussenminister Puja

begrüssst Herrn Botschafter Thalman und die Mitglieder seiner Delegation.

Es ist das erste Mal in der Geschichte, dass zwischen Ungarn und der Schweiz aussenpolitische Konsultationen stattfinden. Ich halte solche Begegnungen für sehr nützlich. Sie dienen dem gegenseitigen Kennenlernen, und ich bin dafür, dass wir sie in Zukunft weiterführen. Wir haben schon eine ganze Reihe derartiger Konsultationen mit anderen Ländern gehabt, so mit Frankreich, mit Schweden. Natürlich sind wir nicht in allen Fragen gleicher Meinung, aber sie fördern das gegenseitige Verständnis.

Botschafter Thalman

verdankt den freundlichen Empfang und begrüsst seinerseits die ungarischen Gesprächspartner.

Wir sind mit grossem Interesse nach Budapest gekommen. Es bestand bisher eine Lücke in unseren Beziehungen. Auch die Schweiz hat in den vergangenen Monaten verschiedene bilaterale Kontakte gehabt. Wir empfanden die Gespräche als fruchtbar. Gerade in Bezug auf die Sicherheitskonferenz befinden wir uns in einem Stadium, wo neue Ideen im gegenseitigen Gedankenaustausch entstehen können. Wir können uns unsere Auffassungen zu den verschiedenen Fragen mitteilen.

Was die allgemeine Internationale Lage anbetrifft, so ist mit Genugtuung festzustellen, dass die Dinge durch das Gipfeltreffen in Peking und Moskau in Fluss gekommen sind. Sie haben zu einer Entspannung geführt. Die Grossmächte sind sich ihrer Verantwortung bewusst geworden. Die Treffen waren durch eine realistische Betrachtungsweise gekennzeichnet, und dies ist die beste Art, die Dinge zu sehen. Die friedliche Koexistenz hat eine grosse Förderung erfahren. Die Gefahr einer Konfrontation ist geringer geworden. Wenn das die Grossmächte können, sollten es auch die Kleinen, selbst wenn sie verschiedenen Systemen angehören.

Zwei Gefahrenherde bestehen auf der Welt: der Mittlere Osten und Vietnam. Es ist nicht Schweizer Art, dazu Stellung zu nehmen. Wir hoffen nur, dass friedliche Lösungen gefunden werden. Die voraussichtliche Wiederaufnahme der Gespräche in Paris ist ein gutes Zeichen. Der Krieg hat nun lange Zeit gedauert und kann keine militärische Regelung finden. Der Konflikt im Mittleren Osten stellt wegen der Möglichkeit seiner Ausdehnung eine grosse Gefahr dar. Auch hier sollte mit Hilfe der Grossmächte eine friedliche Lösung gefunden werden können.

Die Aussichten, dass die Sicherheitskonferenz abgehalten werden kann, sind nun gut. Man darf nicht zu viel erwarten und muss die Dinge realistisch betrachten. Sie kann den Beginn einer besseren Epoche bedeuten. Europa mit seiner alten Kultur könnte ein Beispiel werden.

Vize-Aussenminister Puja

Zuerst zur internationalen Lage; Das Moskauer Treffen wirkt sich positiv aus. Das ist auch unsere Auffassung. Das SALT-Abkommen bedeutet einen grossen Fortschritt. Es wurde zwar nur provisorisch abgeschlossen, doch wird es vielleicht nächstes Jahr definitiv werden. Das Positive ist die Zusammenarbeit. Das Treffen hat auch einen Einfluss auf Europa. Die Tür ist offen für die Sicherheitskonferenz, deren multilaterale Vorverhandlungen wohl schon im November abgehalten werden können. Manche Fragen sind nicht gelöst. Auch das wirkt sich auf Europa aus: Vietnam, der Mittlere Osten. Die sowjetischen Führer haben in Moskau betont, dass man ohne Lösungen in Vietnam und im Mittleren Osten auch in Europa nicht sehr viel weiter kommt. Wenn in einem Teil der Welt gekriegt wird, so hat das seine Wirkungen auf die übrigen Teile. Das wird man auch Rogers anlässlich seines Besuches begreiflich machen müssen.

Vietnam: Wir sind eigentlich Verbündete der Nordvietnamesen. Wir können nicht zulassen, dass die Amerikaner Nordvietnam bombardieren. Außenminister Péter hat schon 1967 die Einstellung der Bombardierungen vorgeschlagen. Die Zukunft hängt davon ab, ob die Amerikaner die Lage in Südvietnam richtig einschätzen. Wenn sie dazu beitragen wollen, eine der wahren Situation entsprechenden Regierung bilden zu helfen, so könnte eine Regelung gefunden werden. Die Amerikaner sind dazu aber nicht bereit. Wir sind deshalb nicht optimistisch.

Mittlerer Osten: Für uns sind die Resolutionen des Sicherheitsrates massgebend. Ein langer politischer Kampf steht bevor, da Israel diese nicht annehmen will. Wegen der Gefahr der Ausweitung sind wir gegen eine kriegerische Lösung.

Europa: Hier sind noch schwerwiegende Fragen offen. Sie werden auch nach der Sicherheitskonferenz noch ungelöst sein, z.B. der deutsche Fragenkomplex. Dies bedeutet nicht, dass wir die Sicherheitskonferenz unterschätzen. Das deutsche Problem und andere Fragen werden aber die Lage in Europa beeinflussen.

Ich habe mich zu diesen Punkten ausführlich geäußert, da Ungarn gewohnheitsgemäss zu allen Themen Stellung nimmt.

Botschafter Thalmann

Als Regierung nehmen wir nicht Stellung. Der Bürger ist jedoch frei, seine Meinung zu äussern.

Betreffend Vietnam sind wir nicht so pessimistisch. Die Gespräche in Paris werden wieder aufgenommen. Der Einfluss der bevorstehenden Wahlen in Amerika muss auch berücksichtigt werden. McGovern hat sich gegen die Weiterführung des Krieges ausgesprochen. Nixon könnte kurz vor den Wahlen eine ähnliche Geste tun.

Die deutsche Frage ist sehr schwierig. Immerhin ist doch schon einiges erreicht worden: die Berlinabkommen, die Verträge mit Moskau und Warschau. Auch eine andere deutsche Regierung würde nicht alles wieder umstossen.

Ich möchte nun näher auf die Sicherheitskonferenz eintreten. Meine erste Frage betrifft die Vorbereitende Konferenz. Wir halten November für realistisch. Wir wären aber auch schon zu einem früheren Zeitpunkt bereit. Die Konferenz könnte dann früh im nächsten Jahr durchgeführt werden. Alles hängt davon ab, wie das vorbereitende Treffen ausfällt. Es bestehen zwei Auffassungen über dessen Aufgaben. Nach der einen sollen

dort nur Agenda, Datum und Ort der Konferenz festgelegt werden. Nach der anderen, im Westen zum Teil verbreiteten Ansicht, soll dort substantiellere Arbeit geleistet werden, so dass die Konferenz nur zu sanktionieren und zu beschliessen hätte. Wir meinen, dass das Treffen in Helsinki die Konferenz nicht vorwegnehmen sollte. Andererseits sollte Einverständnis über das herrschen, worüber man sprechen will. Es muss daher eine detaillierte Agenda aufgestellt werden. Sonst muss man sich an der Konferenz damit befassen. Wir halten ein Vorgehen, das zwischen diesen beiden Extremen liegt für richtig. Man sollte sicher sein, dass man über das gleiche sprechen will. Man sollte sich z.B. klar darüber sein, was man unter Sicherheit versteht. Auf diese Weise würde ein Festfahren der Konferenz vermieden.

Vize-Aussenminister Puja

Die Sicherheitskonferenz ist eine erste Konferenz, auf der bestimmte Fragen nicht gelöst werden können. Wir haben eine Konzeption, das System der europäischen Sicherheit, das das friedliche Zusammenleben der Staaten sichert. Ohne Lösung der deutschen Frage kann der Frieden nicht gesichert werden. Die Bundesrepublik hat den Status quo und die Grenze zur DDR anerkannt. Das Berlinproblem ist gelöst. Eine Frage bleibt aber offen, die Anerkennung der DDR. Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten sind im Gange. Brandt will aber nicht die volle Anerkennung. Seine Vorstellungen über den Grundvertrag kommen einem Manöver gleich, das die Verhinderung der vollen Anerkennung zum Ziel hat. Die Bundesrepublik übt auch Druck auf entwickelte Länder und Verbündete aus, um diese von einer Anerkennung abzuhalten. Dieses Vorgehen ist uns unverständlich, da wir eine hohe Meinung von Brandt haben. Es würde auch ihm viel helfen, wenn er die DDR anerkennen würde. Bedauerlicherweise hält er an der Adenauerkonzeption der Wiedervereinigung fest. Da eine Wiedervereinigung der beiden Staaten jetzt nicht möglich ist, versucht Brandt die Anerkennung in die Länge zu ziehen, in der Hoffnung, dass ein geeigneter Zeitpunkt kommen werde. Eine solche Politik ist sehr gefährlich. Die Bundesrepublik und die DDR gehören verschiedenen gesellschaftlichen Systemen an. Eine Wiedervereinigung ist daher nicht mehr möglich. Ungarn empfiehlt deshalb allen westlichen Ländern die Anerkennung der DDR. Das würde auch Brandt helfen. Wir wissen die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der DDR zu schätzen, aber am besten wäre die Anerkennung. Das wäre ein grosser Beitrag zum Frieden.

Auf der Vorkonferenz in Helsinki werden sich nur Missionschefs treffen, da weder die DDR noch die Bundesrepublik dort Botschafter akkreditiert haben. Missionschefs müssen dauernd Instruktionen einholen, während ein Regierungsmitglied als Delegationschef weitgehend selbst entscheiden könnte. Die Vorkonferenz sollte man deshalb schnell beenden. Wir fürchten, dass die Vorkonferenz auch nur der Verzögerungspraktik der NATO dient. So fehlt auch die Zusage der USA zur Konferenz von 1973. Die deutsche Frage spielt da hinein.

Was das Problem der Abrüstung anbetrifft, so schätzt die Ungarische Regierung die Arbeit der Genfer Konferenz hoch ein. Man muss aber realistisch sein. Die Abrüstung ist eine lange Angelegenheit. Deshalb sollte sie nicht mit der Sicherheitskonferenz verbunden werden. Die USA haben in Moskau eine Trennung der beiden Fragen vorgeschlagen. Auch wir meinen, dass man sie auseinanderhalten sollte. Andererseits müssen einige prinzipielle militärische Probleme besprochen werden. Diese sollten jedoch nicht die Truppen- oder Waffenreduktion betreffen, da in diesem Falle ein Weiterkommen schwierig wäre.

Die Anerkennung der DDR und diese militärischen Fragen werden die Konferenz beeinflussen. Wenn aber alles gut vorbereitet ist, könnte sie im Herbst des nächsten Jahres stattfinden.

Botschafter Thalmann

Was die Anerkennung der DDR anbetrifft, so sind wir uns bewusst, dass das eine wichtige Frage ist. Aber auch hier ist unsere Beurteilung zuversichtlicher als die Ihre. Brandt hat keine Marge. Er muss Schritt für Schritt vorgehen und jeden durch das Parlament decken lassen. Die Bundesrepublik ist auch nicht mehr allein. Sie liegt eingebettet in die EWG und die NATO. Keiner ihrer Partner hat Lust, die Wiedervereinigung herbeizuführen. Die westlichen Länder rechnen damit, dass die beiden deutschen Staaten 1973 in die UNO aufgenommen werden. Damit wäre die internationale Anerkennung vollzogen. Dass die beiden deutschen Staaten über ihr zukünftiges Verhältnis verhandeln wollen, ist verständlich. Die gegenseitige Anerkennung im Jahre 1973 wäre früh.

Die Schweiz hat schon lange Kontakte zur DDR. Die Bundesrepublik ist aber unser Nachbar und hat nach dem Kriege alle völkerrechtlichen Verpflichtungen übernommen. Auch ein kleines Land muss seine Interessen wahren. Wir stehen gerade jetzt in engem Kontakt mit der DDR und werden sie anerkennen wie alle anderen.

Die Vorbereitung der Sicherheitskonferenz sollte auf Missionschef-Ebene erfolgen. Dies ist doch nun allgemein anerkannt. Wir haben keine Staatssekretäre und Vize-Minister. Wir haben nur einen Aussenminister, und dieser ist Mitglied unserer siebenköpfigen Regierung.

Wenn von den USA noch keine definitive Antwort zur Konferenz eingetroffen ist, so ist zu bedenken, dass sie sehr spät begonnen haben, sich damit zu beschäftigen. Sie haben jetzt eine "task force" eingesetzt. Sie werden das aber von Rogers selbst hören.

Zur Frage der MBFR: Anlässlich des Moskauer Besuches Nixons wurde grundsätzliches Einverständnis darüber erzielt, dass diese Frage parallel zur Sicherheitskonferenz behandelt wird. Man kann aber nicht über Sicherheit sprechen, ohne militärische Fragen miteinzubeziehen. So will die NATO verschiedene Themen behandelt wissen. Eines betrifft die Bekanntgabe von Manövern. Wir haben nichts dagegen, wenn dadurch grösseres Vertrauen geschaffen werden kann. Die Schweiz hat aber nur ein relatives Interesse an diesen Problemen, da sie keine Offensiv-Armee besitzt.

Botschafter Bindschedler

Ich möchte nur zwei Bemerkungen anbringen. Die Kleinstaaten können nicht in alle Confidence-Building Measures einbezogen werden. Da ihr Gebiet klein ist, müssen Manöver auch in der Nähe der Grenzen abgehalten werden.

Die Grossmächte sollten vor allem etwas unternehmen. Ich erinnere daran, dass der Atomsperrvertrag die Grossmächte zur Rüstungsbegrenzung verpflichtet. Es sollte aber nicht von Block zu Block verhandelt werden, da dadurch die Blockbildung nur bekräftigt würde. Es würde ein SALT mit Trabanten herauskommen.

Vize-Aussenminister Puja

An der Behandlung von Abrüstungsfragen sollten nicht nur Blockländer teilnehmen. In Schweden besteht grosses Interesse daran, nach der ersten Konferenz eine Abrüstungskommission zu bilden. Wir sind der Meinung, dass möglichst viele Staaten einbezogen werden müssen. Im Westen ist man nicht dieser Ansicht. Die USA wollen nur starke und direkt betroffene Länder zulassen. Allerdings wird diese Auffassung nicht von allen geteilt. Frankreich ist z.B. dagegen. Es hat deshalb die Reise Brozios verhindert. Frankreich wäre jedoch ausserhalb der Sicherheitskonferenz zu Verhandlungen bereit. Gromyko hat anlässlich seines kürzlichen Besuches in Paris mit den Franzosen darüber gesprochen. Während Frankreich und die USA in einem

Punkt einig sind, nämlich, dass die Abrüstungsprobleme ausserhalb der Sicherheitskonferenz behandelt werden sollen, vertritt Belgien gerade den gegenteiligen Standpunkt. Die Meinungen sind im Westen geteilt. Das Ziel der multilateralen Beratungen ist die Vorbereitung der Sicherheitskonferenz. Einige Punkte sind bereits geklärt. So ist man sich über die Teilnehmer einig. Wir sind gegen ein Einbeziehen der afrikanischen Mittelmeerstaaten. Sie würden so viele ungelöste Probleme mitbringen, dass nichts herauskäme. Vielleicht können sie zu einer zweiten Konferenz eingeladen werden.

Als Konferenzort wurde Helsinki vorgeschlagen. Von westlicher Seite wurde auch Wien genannt. Wir sind für Helsinki, aber auch die österreichische Hauptstadt wäre uns genehm. Der Ort ist für uns keine prinzipielle Frage. Zum Zeitpunkt möchte ich sagen: sobald als möglich, Frühjahr 1973, sonst halt etwas später.

Punkte Verfahrensfrage sind wir der Meinung, dass die Praxis der UNO angewendet werden sollte. Frankreich und die UdSSR sind übereingekommen, dass man auf Ministerebene zusammentreten und dann Kommissionen bilden sollte.

Bezüglich der Tagesordnung bestehen noch Meinungsverschiedenheiten, jedoch ist man sich über einzelne Punkte bereits im Klaren. Ein erstes Thema ist der Verzicht auf Gewalt. Die Auffassungen gehen noch auseinander, ob ein Vertrag unterzeichnet oder eine Erklärung abgegeben werden soll. Ein anderes Thema betrifft die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Technologie und der Kultur. Ein weiteres ist der Umweltschutz. Die Meinungen gehen auseinander, wie man die Zusammenarbeit bewerkstelligen soll. Zuerst muss man einmal das gleiche darunter verstehen. Es existieren darüber auch Ideen, die nicht offen ausgesprochen werden. So versucht die NATO, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Die Warschau-Pakt Staaten haben anlässlich der Prager Konferenz die Prinzipien der Zusammenarbeit festgelegt. Wir weisen den Vorschlag des freien Austausches der Menschen und Ideen nicht zurück. Dieser muss jedoch ausgeglichen sein. Wir wollen die Tür auch nicht für alle sogenannten kulturellen Werte des Westens öffnen. Der Bücheraustausch steht in einem argen Missverhältnis. Es wurden bisher immer viel mehr Werke westlicher Autoren ins Ungarische übersetzt als umgekehrt. Wir sind auch für den Austausch von Informationen, aber nur wenn sie objektiv sind. Es ist unglaublich, was die westlichen Zeitungen manchmal über Ungarn schreiben.

Ich komme jetzt zu Punkt 3) der ungarischen Tagesordnung für die Sicherheitskonferenz, das Ständige Organ. Es könnte die nächste Konferenz vorbereiten, sich mit Abrüstungsproblemen oder der Mittelmeerfrage befassen, Problemen also, die erst in mehreren Jahren lösbar sein werden. Ungarn beharrt nicht auf der Errichtung eines Ständigen Organs. Norwegen hat ein Sekretariat vorgeschlagen, das den schweizerischen Ideen sehr nahe kommt. Die Abrüstungskommission, die nach schwedischer Auffassung nach der Konferenz ins Leben gerufen werden sollte, habe ich schon erwähnt. Noch eine Sache: Wir sind nicht damit einverstanden, dass die Nahost- und die Mittelmeerfragen auf die Tagesordnung gesetzt werden. Man kann diese Probleme nicht ohne die Araber und ohne Israel behandeln. Wir wollen aber diese Staaten nicht einladen. Man könnte sie auch nicht zusammen an einen Verhandlungstisch bringen. Eine Lösung fände sich ohnehin nicht. Die erste Sicherheitskonferenz wird nicht alle Fragen betreffend die Auflösung der Blöcke, die Räumung der Militärstützpunkte, die Abrüstung oder die Zusammenarbeit lösen können. Es bleiben viele Probleme, an denen wir noch lange arbeiten müssen. Ein europäisches Sicherheitssystem kann nicht rasch errichtet werden.

Botschafter Thalmann

Wir sind auch gegen eine Beteiligung der afrikanischen Mittelmeerstaaten. Sie würden die Zahl der Teilnehmer aufblähen und unlösbare Probleme mit sich bringen. Wir glauben andererseits nicht, dass man diese Fragen ausklammern kann. Das hängt alles zusammen. Gewisse Fragen, wie diejenige der Mittelmeer-Flotten, die zur Sicherheit gehören, müssen berührt werden.

Wir sind auch für Helsinki als Konferenzort, das bereits grosse Anstrengungen gemacht hat. Wir haben nichts gegen Wien oder auch Genf. Wir gehen mit Ihnen betreffend den Zeitpunkt der Konferenz, die Anwendung der UNO-Praxis sowie die Idee, mit den Ministern zu beginnen und dann drei Gruppen zu bilden, einig. Man sollte nicht abstimmen, sondern einen allgemeinen Konsens zu erreichen suchen. Man wird dadurch in vielen Fällen auf den kleinsten Nenner kommen. Man muss bescheiden sein.

Die Europäische Wirtschaftskommission in Genf wäre in der Lage, eine grosse Anzahl der Beschlüsse betreffend die Zusammenarbeit in die Tat umzusetzen. Wir halten es für angebracht, dass diese Kommission aufgewertet wird. Was den Kulturaustausch anbetrifft, so sollte er sich nicht auf Balletteusen und Orchester beschränken. Wir begrüssen den französischen Vorschlag

betreffend den Austausch von Menschen und Ideen. Wir sind für die Liberalisierung. Sie muss aber vernünftig angewendet werden und darf nicht zu subversiven Aktionen und zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates missbraucht werden.

Die Konferenz ist nur eine erste. Es ist deshalb zweckmässig, ein dem norwegischen Vorschlag ähnliches Sekretariat einzurichten. Dies ist besser als eine grosse Organisation.

Der Gewaltverzicht ist ein zentrales Anliegen. Es muss das Ziel der Konferenz sein, dass inskünftig keine Gewalt mehr angewendet oder mit ihr gedroht wird. Der Gewaltverzicht ist zu einem festen Bestandteil des Völkerrechts geworden und ist überdies in der UNO-Charta verankert. Es hätte unserer Ansicht nach wenig Sinn, wenn sich die Konferenz darauf beschränken würde, eine weitere, europäische Erklärung im Sinne dieses bereits allgemein anerkannten Verbotes zu fassen. Dadurch würde im Gegenteil vielleicht lediglich erreicht, dass es abgeschwächt, verwässert wird. Wir möchten weitergehen, mit einem konstruktiven Vorschlag. Dieser soll dazu beitragen, den Staaten die Mittel zur Verfügung zu stellen, die ihnen den Gewaltverzicht in der Praxis erleichtern. Herr Botschafter Beck wurde von uns darüber bereits informiert.

Botschafter Bindschedler

erläutert den schweizerischen Vorschlag betreffend die Errichtung eines europäischen Systems zur friedlichen Beilegung von Konflikten.

Botschafter Thalmann

Ich möchte hinzufügen, dass in der Erklärung von Prag gewisse Stellen zu finden sind, die in Richtung unseres Vorschlages deuten. Es braucht einfach gewisse Mechanismen. Wir wünschen, dass diese errichtet werden und somit vorhanden sind, wenn eine Konfliktsituation eintritt. Der Schweiz liegt sehr viel daran.

Vize-Aussenminister Puja

Was die Europäische Wirtschaftskommission anbetrifft, so sind wir prinzipiell nicht dagegen, dass sie mit neuen Aufgaben betraut wird, wohl aber solange, als die DDR nicht dabei ist.

Botschafter Thalmann

Kanada ist auch nicht dabei.

* * *
* *
*

Empfang durch Aussenminister Janos PéterAussenminister Péter

begrüssst Herrn Botschafter Thalman und die schweizerische Delegation.

Ich messe Ihrem Besuch eine grosse Bedeutung bei. Es ist das erste Mal, dass politische Gespräche zwischen Ungarn und der Schweiz stattfinden. Sie müssen wissen, dass wir uns sehr für die Entwicklung in der Schweiz interessieren. Unser Botschafter hält uns ständig auf dem laufenden.

Botschafter Thalman

begrüssst Herrn Aussenminister Péter.

Ich habe mich sehr über den zuvorkommenden Empfang gefreut, der mir in Budapest bereitet wurde. Die Gespräche, die wir bereits geführt haben, sind sehr zufriedenstellend ausgefallen. Wir haben uns auch schon über Probleme der Sicherheitskonferenz unterhalten können.

Aussenminister Péter

Ich bin sicher, dass wir uns über eine ganze Reihe von Fragen gut besprechen können. Eine interessiert mich ganz besonders, die Haltung der Schweiz gegenüber den Vereinten Nationen.

Botschafter Thalman

In der Schweiz entwickeln sich die Dinge langsam. Dadurch wird aber auch eine grössere Stabilität erreicht. Wir sind wahrscheinlich einmal das Land, das den Beitritt zur UNO am eingehendsten geprüft hat. In der Schweiz muss sich das Volk über den Beitritt entscheiden. Die Vereinten Nationen sind nicht sehr populär. Bei vielen Konflikten haben sie sich als ohnmächtig erwiesen. Wir sind aber bereits Mitglied aller Spezialorganisationen und befinden uns auf gutem Wege zum Beitritt zur politischen Organisation. So konnten wir vor nicht langer Zeit dem Parlament den 2. UNO-Bericht unterbreiten. In zwei Jahren kann vielleicht schon die Volksabstimmung stattfinden.

Aussenminister Péter

Dass Sie dem Parlament einen 2. UNO-Bericht unterbreitet haben, ist neu für mich.

Ein anderes Land, das den Beitritt zur UNO schon lange studiert, ist die DDR.

Wir haben den Eindruck, dass sich die Beteiligung der Schweiz am internationalen Geschehen intensiviert. Eine Mitgliedschaft der Schweiz bei der UNO könnte sich sehr vorteilhaft auswirken.

Haben Sie nicht eine Kommission präsidiiert, die sich mit den Fragen des Mittleren Ostens befasste?

Botschafter Thalmann

erläutert Aufgabe und Resultat der Mission Thalmann.

Aussenminister Péter

Vielleicht könnte die Schweiz bei der Lösung des Mittelost-Konflikts eine Rolle spielen. Waldheim denkt z.B. an eine Konferenz in einem neutralen Staat, an der Vertreter Israels und der arabischen Staaten teilnehmen können. Man hat zwar die Schweiz noch nicht erwähnt, aber falls man sie vorschläge, hätten weder Israel noch die Araber etwas dagegen.

Viele Delegationen kommen nach Budapest, aber schweizerische trifft man niemals. Wir unterhalten uns gerne mit den Vertretern anderer Staaten über alle möglichen Fragen. Wir interessieren uns sehr für die Neutralität. Mit Frau Ghandi haben wir kürzlich über den Begriff Non-Alignment diskutiert. Die Schweiz hat eine lange aussenpolitische Erfahrung und könnte auf internationaler Ebene einen wichtigen Beitrag leisten.

Botschafter Thalmann

Wir sind etwas aus unserem Schneckenhaus hervorgekommen. So haben wir zur Neutralität die Solidarität gefügt. Die strikte Neutralität erlaubt uns immer wieder humanitäre Aktionen zu unternehmen. Dank ihr konnten wir auch die pakistanischen Interessen in Indien und die indischen in Pakistan übernehmen. Als Land mit einer Non-Alignment Politik wäre das nicht möglich gewesen.

Aussenminister Péter

Wir interessieren uns auch für die Erfahrungen, die die Schweiz mit Minoritäten gesammelt hat. Ungarische Minderheiten leben in Jugoslawien und Rumänien. Dann haben wir noch ein ganz spezielles Problem, die Zigeuner. Aufgrund einiger kürzlicher Manifestationen glauben wir, dass hier sogar die Gefahr einer eigenen Bewegung entstehen könnte. Wie ist die Lage im Jura?

Botschafter Thalmann

Unser Geheimnis bei der Behandlung der Minoritäten ist, dass wir ihnen immer etwas mehr zugestehen als sie beanspruchen können. Man muss auch tolerant sein.

Bei der Lösung des Jura-Problems sind wir weiter gekommen. Wir haben schon einiges gegeben. Mit Geduld und weiteren Konzessionen werden wir zu einem guten Ende kommen.

Aussenminister Péter

Ich danke Ihnen für Ihr Kommen. Ich habe mich sehr über Ihren Besuch gefreut. Wir müssen diese nützlichen Kontakte fortsetzen.

Botschafter Thalmann

Ich danke Ihnen dafür, dass Sie meine Delegation und mich empfangen haben. Auch ich halte es für nützlich, wenn die heutigen Gespräche eine Fortsetzung finden.

* * *
* *
*

Fortsetzung der Gespräche am Nachmittag

Vize-Aussenminister Puja

Zum freien Austausch von Menschen möchte ich sagen, dass wir gegenwärtig auf Visa nach Frankreich und Grossbritannien vier bis fünf Wochen warten müssen. Das ist kein freier Austausch. Wenn Visa einmal innert 48 Stunden erteilt werden, kann man über diese Frage reden. Bis jetzt hat noch niemand eine kürzere Frist versprochen. Bulgarien hat die Visumpflicht gegenüber Westdeutschland, Frankreich und Grossbritannien abgeschafft.

Diese Länder haben jedoch nichts dergleichen getan.

Ihren Vorschlag betreffend die Einrichtung eines europäischen Systems zur friedlichen Beilegung von Konflikten werden wir sorgfältig studieren. Wir hatten bisher keine Gelegenheit dazu. Ein Problem wird die Zusammensetzung der Gremien sein, die unabhängig sein müssen. Aus der Vergangenheit wissen wir aber, dass Schiedsgerichte nicht so unabhängig sind, wie sie sein sollten. Zudem überwiegen die westlichen Staaten in Europa. Wir können uns daher nicht vorstellen, dass sie völlig unvoreingenommen sind.

Botschafter Thalmann

Der Vorschlag betreffend den Austausch von Ideen stammt von Frankreich. Gerade Frankreich legt grossen Wert auf die Pressefreiheit. Die Schwierigkeit scheint mir im Unterschied der gesellschaftlichen Systeme zu liegen. Wir haben auch viele Artikel gelesen, die gegen die Oststaaten gerichtet waren. Ich meine, dass aber doch eine Anstrengung gemacht werden sollte, damit die Ideen freier zirkulieren können. Man könnte auf der Sicherheitskonferenz einen "Code of conduct" schaffen. Ich weiss, das Problem ist schwierig. Das soll uns aber nicht hindern, darüber zu sprechen.

Auch Schweizer müssen gelegentlich lange auf ungarische Visa warten. Ich teile Ihre Auffassung, dass sie rasch ausgestellt werden müssen. Versuchen wir zunächst, möglichst zuvorkommend zu sein. Wir müssen die gegenseitige Abschaffung der Visa anstreben.

Ein Schiedsgericht zusammenzusetzen, ist vielleicht schwierig. Aber die Bestellung erfolgt ja von Fall zu Fall. Unter den Neutralen kann man sicher völlig unabhängige Leute finden. Gute Leute findet man immer. Wenn man den Glauben daran nicht mehr hat, werden wir nicht weiterkommen. Unser Vorschlag zielt auf einen Apparat der guten Dienste ab. Auf der Sicherheitskonferenz bietet sich uns eine einmalige historische Gelegenheit. Es kann immer noch schlecht herauskommen. Wir wollen aber etwas für

die Sicherheit Europas tun.

Vize-Aussenminister Puja

In einer gemischten Kommission, wie wir sie mit Oesterreich geschaffen haben, sind beide Parteien in gleicher Zahl vertreten. Bei Beschlüssen muss Einstimmigkeit herrschen, sonst ist nichts zu machen. Das Problem liegt nicht im Block-Denken, sondern im System-Denken. Die Leute denken verschieden. Wir werden Ihren Vorschlag aber eingehend prüfen.

Nun können wir über unsere bilateralen Beziehungen sprechen. Unsere bilateralen Beziehungen haben sich positiv entwickelt. Die Aussichten sind auch gut. Man könnte sie aber intensivieren. Das Politische ist etwas zurückgeblieben. Aber wir haben nun einen ersten Schritt getan. Wir haben solche Kontakte mit fast allen Ländern.

Die Vermögensverhandlungen haben sich lange hingezogen. Sie sind nun abgeschlossen. Der Handel bereitet keine speziellen Probleme. Wir möchten aber nicht nur Handel treiben, sondern auch in der Form von Kooperationen zusammenarbeiten. Die im neuen Handelsabkommen noch offenen Fragen werden im Herbst anlässlich einer zweiten Verhandlungsrunde gelöst werden können.

Was die kulturellen Beziehungen anbetrifft, so sind wir uns über die schweizerischen Verhältnisse im klaren. Wir könnten aber doch versuchen, auf staatlicher Ebene diese Frage zu regeln. Einige Staaten dachten früher auch, dass das nicht möglich sei. Wir haben aber inzwischen besondere Wege gefunden. Mit Schweden haben wir z.B. ein Arbeitspapier unterzeichnet. Das wäre ein Anfang.

Auf dem Gebiet der Stipendien könnten wir ebenfalls unsere Beziehungen intensivieren. Wir erhalten keine Stipendien von der Schweiz. Herr Botschafter Beck hat sich schon mehrmals beim Innenministerium erkundigt, hat aber bisher keine Antwort erhalten. Ungarn hat der Schweiz zwei Stipendien angeboten.

Prinzipiell möchte ich noch die Frage nach einem Konsularabkommen stellen. Wir haben solche mit Oesterreich, England und den USA abgeschlossen. Wir haben zwar etwas so ähnliches mit der Schweiz. Aber dieses Abkommen ist schon sehr alt.

Auf dem wissenschaftlich-technischen Gebiet könnten bestimmte Abkommen unterzeichnet werden. Wir haben schon eine ganze Reihe derartiger Vereinbarungen.

Botschafter Thalmann

Ein Kulturabkommen abzuschliessen bereitet der Schweiz leider gewisse Schwierigkeiten. Wir haben noch keine einzige derartige Uebereinkunft. Bei uns sind die Kantone die Kulturträger. Wir könnten höchstens ein Rahmenabkommen unterzeichnen, für das wir aber gar nichts tun könnten. Als Staat vermögen wir nur die Zusammenarbeit zu fördern, das ist alles. Eine Intensivierung der kulturellen Beziehungen wäre mit Hilfe eines Rahmenabkommens mit Pro Helvetia möglich.

Mit der ETH könnte eine Stipendienvereinbarung geschlossen werden. Ich werde mich dafür einsetzen, dass Ungarn wieder Stipendien erhält. Was die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit anbetrifft, so bin ich gerne bereit, ins Gespräch zu treten.

Botschafter Bindschedler

Wir schliessen keine neuen Konsularabkommen ab. Das ist unsere Praxis seit vielen Jahren. Diejenigen, die bestehen, sind alt. Wir haben die Wiener Konvention von 1963 ratifiziert. Wir haben nicht die Absicht, diese durch andere Abkommen zu ersetzen. Bestehen besondere Probleme, die ein Abgehen von unserer Praxis rechtfertigen?

Vize-Aussenminister Puja

Ungarn hat die Wiener Konvention nicht unterzeichnet. Ich habe die Frage nur prinzipiell gestellt.

Wir müssen nun noch auf eine unangenehme Angelegenheit zu sprechen kommen, diejenige der beiden Tempelräuber Jenő Csorba und János Zöldi. Zwischen Ungarn und der Schweiz ist zwar ein Auslieferungsvertrag in Kraft, und wir haben ein Auslieferungsbegehren gestellt. Wir erhielten einmal die Mitteilung, dass die beiden Verbrecher ausgeliefert würden. Seit November 1970 haben wir trotz verschiedenen Mahnungen keine befriedigende Antwort mehr erhalten. Der Fall wurde damals in den Zeitungen und an der Television gebracht. Auch die Meldung, dass sie ausgeliefert würden, wurde verbreitet. Der Tempelraub hat besonders unter den Katholiken grosse Beunruhigung hervorgerufen.

Botschafter Thalmann

Wir haben erwartet, dass Sie auf diese Angelegenheit zu sprechen kommen. Sie wurde dadurch kompliziert, dass ein Asylgesuch gestellt wurde. Es läuft auch ein Rekurs gegen den Auslieferungsbeschluss. Wir werden Ihnen

Wunsch nach einer baldigen Regelung dieser Sache an die zuständige Stelle weiterleiten. Ich hoffe, dass die Angelegenheit bald in Ordnung kommen wird.

Botschafter Bindschedler

Zu Ihrer Bemerkung über das Missverhältnis zwischen der Zahl von westlichen Publikationen in Ungarn und ungarischen Veröffentlichungen im Westen möchte ich sagen, dass halt viel weniger Leute ungarisch sprechen als deutsch oder englisch. In der Schweiz kann man z.B. die Pravda an jedem grösseren Kiosk kaufen. Die NZZ findet man hier nirgends. Der Staat darf sich nicht fürchten, angegriffen zu werden.

Vize-Aussenminister Puja

Zum Abschluss möchte ich Ihnen nochmals versichern, dass wir Ihren Vorschlag über die friedliche Regelung von Streitfällen genau prüfen werden. Wenn die anderen Staaten damit einverstanden sind, werden wir nicht dagegen sein.

Ich danke Ihnen für dieses nützliche Gespräch. Ich möchte vorschlagen, dass wir die Besprechungen fortsetzen, z.B. über die Sicherheitskonferenz und andere Fragen.

Botschafter Thalmann

Zu unserem Vorschlag möchte ich noch zu bedenken geben, dass was im Handel möglich ist, auch in der Politik möglich sein sollte. Unser Standpunkt hat sich entwickelt und verschiedene Aenderungen gegenüber dem Anfang erfahren.

Wir sind flexibel. Auch auf dem Gebiet der Kultur können wir über unsere Beziehungen sprechen.

Ich teile Ihre Auffassung, dass wir unsere Begegnungen fortsetzen sollen. Es wäre gut, wenn unsere Delegationen auch in Helsinki Kontakt miteinander aufnehmen.

Ich danke Ihnen für diese fruchtbaren Gespräche.

* * *

* *

*